

Wenn von den Auswirkungen sozialer und politischer Ungleichheit die Rede ist, darf eine weitere wichtige Dimension von Ungleichheit nicht außer Acht gelassen werden: die politische Ungleichheit. Kann und darf es politische Ungleichheit in Demokratien überhaupt geben? Stimmgleichheit ist heute ein allgemein anerkanntes Definitionskriterium der Demokratie – Regime mit Zensuswahlrecht oder ohne Frauenwahlrecht würden wir schlicht nicht mehr als Demokratie beschreiben. Formal sind gleiche politische Rechte wie das allgemeine aktive und passive Wahlrecht in konsolidierten Demokratien auch garantiert – ebenso wie die Freiheit, von diesen Rechten Gebrauch zu machen oder eben nicht. Wenn nun aber, wie etwa Armin Schäfer gezeigt hat (Schäfer, 2015), bestimmte gesellschaftliche und soziale Gruppen signifikant seltener von ihren politischen Rechten Gebrauch machen als andere, wird aus einer Vielzahl individueller Entscheidungen zur Nicht-Partizipation ein soziales und politisches Problem.

Konkret sind es diejenigen, die auch in anderer Hinsicht benachteiligt oder gar „abgehängt“ sind, die von ihren politischen Rechten keinen Gebrauch (mehr) machen: Menschen mit niedrigem Bildungsstand und geringem Einkommen, Arbeiter und Arbeitslose und Bewohner strukturschwacher Regionen. Die sinkende Wahlbeteiligung, die in Deutschland und vielen anderen westlichen Demokratien seit den 70er Jahren zu verzeichnen war, geht maßgeblich auf die zunehmende Abwendung Benachteiligter von der Politik zurück: während die Wahlbeteiligung der oberen Einkommensgruppen stabil bei über 90 Prozent liegt, ist sie in den unteren Einkommensgruppen kontinuierlich gesunken; für die unterste Gruppe ist die Wahrscheinlichkeit der Nichtwahl heute fast ebenso hoch wie die der Wahlbeteiligung (GLES 2017, eigene Berechnung).

Die ungleiche politische Beteiligung wird zu einem grundsätzlicheren Problem politischer Ungleichheit, wenn die Interessen und Präferenzen derjenigen, die sich nicht oder seltener beteiligen, in politischen Entscheidungsprozessen keine Berücksichtigung mehr finden (so etwa: Bartels, 2009). Die Erklärung hierfür ist naheliegend: für Kandidaten sowie Amts- und Mandatsträger politischer Parteien besteht schlicht kein Anreiz, sich um die Anliegen von Personengruppen zu kümmern, die kaum noch wählen gehen, aber auch nicht protestieren. Auf diese Weise entsteht aus dem Zusammenhang zwischen sozialer und ökonomischer Benachteiligung auf der einen und ausbleibender politischer Partizipation auf der anderen Seite ein Teufelskreis:

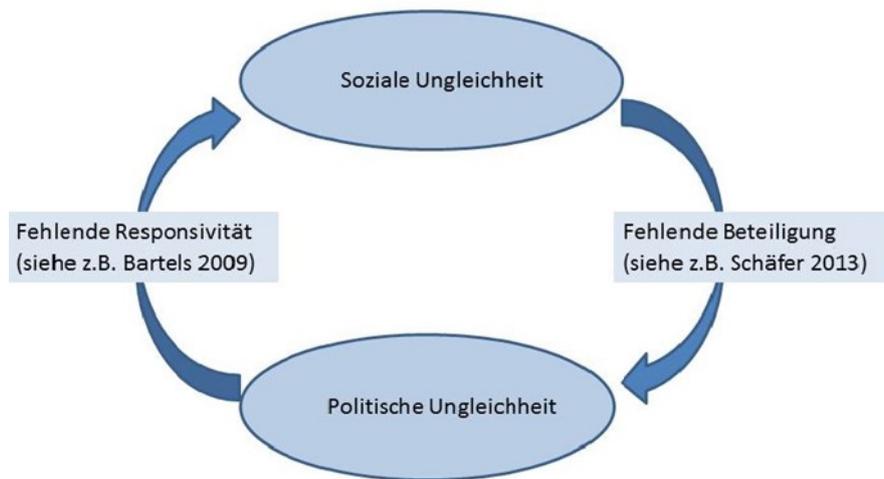


Abbildung 1: Teufelskreis sozialer und politischer Ungleichheit

Soziale Ungleichheit führt bei Benachteiligten zu ausbleibender politischer Beteiligung, was eine wachsende politische Ungleichheit bewirkt. Unter diesen Bedingungen fehlen politischen Entscheidungsträgern die Anreize, auf die Interessen Benachteiligter einzugehen, und Programme, die soziale Ungleichheit und Benachteiligung reduzieren, erscheinen unwahrscheinlich.

Warum aber entscheiden sich Benachteiligte gegen die Nutzung ihrer politischen Rechte? Das in der Politikwissenschaft mittlerweile klassische „civic voluntarism model“ (Brady, Verba et al., 1995) nennt drei Ursachen für politische Nicht-Beteiligung: Menschen beteiligen sich nicht, weil

- sie es nicht können (ihnen die notwendigen Ressourcen, insbesondere Zeit und Geld fehlen),
- sie es nicht wollen (kein politisches Interesse und keine Motivation zur Beteiligung besteht) oder
- sie niemand gefragt hat (sie keine Freunde und Netzwerke haben, die zur Partizipation animieren).

In Deutschland sind, anders als in den USA, die Kosten für die Beteiligung an Wahlen verschwindend gering: so ist keine Registrierung notwendig, Wahlen finden an für die meisten Menschen arbeitsfreien Sonntagen statt und Brief-

wahl ist unkompliziert möglich. Zumindest mit Blick auf die Wahlbeteiligung muss sich die Prüfung der Ursachen also auf die letzten beiden Punkte konzentrieren – warum wollen Benachteiligte nicht wählen, und warum werden sie nicht gefragt?

Für die Motivation zur politischen Beteiligung spielt, wie zahlreiche Studien zeigen, das politische Wirksamkeitsempfinden eine große Rolle (siehe z.B. Pollock III, 1983). Fühlen Menschen sich kompetent, politische Sachverhalte zu verstehen (interne politische Wirksamkeit)? Und glauben sie, dass Politiker sich für Menschen wie sie interessieren (externe politische Wirksamkeit)? In unseren Studien haben wir die These geprüft, dass politisches Wirksamkeitsempfinden und Interesse bei Bürgerinnen und Bürgern Resilienz gegenüber den mit der Politik notwendig verbundenen Enttäuschungen und Frustrationen sowie ein starkes allgemeines Selbstwirksamkeitsempfinden voraussetzt. Wir können beispielsweise zeigen, dass Resilienz und Selbstwirksamkeitsempfinden, die ihrerseits stark mit Einkommen und Bildung als den klassischen Dimensionen von Ungleichheit korreliert sind, sich positiv auf interne und externe politische Wirksamkeit und, teilweise vermittelt hierüber, auf die Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung auswirken (Landwehr, Tüscher et al., 2018).

Was folgt aus diesen Erkenntnissen für die weitere Forschung und politische Praxis? Zunächst bietet sich ein breit angelegtes und interdisziplinäres Forschungsprogramm an, das untersucht, wann und wo Resilienz und Selbstwirksamkeitsempfinden durch öffentliche Institutionen und Programme (etwa das Bildungssystem oder Jobcenter) unterminiert oder befördert werden können. Mit diesen Fragestellungen befassen sich in Mainz Forscherinnen und Forscher im universitären Forschungsschwerpunkt „Interdisciplinay Public Policy“ (IPP) und im Deutschen Resilienz-Zentrum (DRZ). Auch wenn die zukünftigen Ergebnisse dieser Forschung für politische Entscheidungsträger von Interesse sein sollten, ist das Problem politischer Ungleichheit zu dringlich, um auf sie zu warten. Daher bietet sich politisch die Förderung spezifisch politischer Resilienz und Selbstwirksamkeit an, insbesondere durch auch und gerade auf Benachteiligte zielende dialogische Bürgerbeteiligungsverfahren und politische Bildung. Denn entsprechende Veranstaltungen bieten nicht nur die Möglichkeit, sich selbst als effektiv politisch handelnd zu erleben, sondern schaffen zugleich Verbindungen und Netzwerke, die zur weitergehenden politischen Beteiligung animieren.

Literatur:

Bartels, Larry M. 2009. Unequal democracy: The political economy of the new gilded age, Princeton: Princeton University Press.

Brady, Henry E.; Verba, Sidney; Schlozman, Kay Lehman .1995. Beyond SES: A resource model of political participation. *American Political Science Review* **89**(02), S. 271-294.

Landwehr, Claudia; Tüscher, Oliver; Leininger, Arndt; Schroeter, Thomas 2018. Individual Resilience and Collective Action. Causes of Unequal Political Efficacy and Participation, unpublished manuscript.

Pollock III, Philip H.. 1983. The participatory consequences of internal and external political efficacy: A research note. *Western Political Quarterly* **36**(3), S. 400-409.

Schäfer, Armin. 2015. Der Verlust politischer Gleichheit: Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, Frankfurt: Campus Verlag.

